

Es folgte eine Rede des Erzbischofs Arpad B. Radh, die sich sehr eingehend mit den Problemen der katholischen Autonomie, der Sozialpolitik und der Friedensfrage beschäftigte.

In vorgerückter Mittagsstunde erhob sich Graf Robert Zselényi, um eine Parallele zu ziehen zwischen dem „Liberum veto“ Polens und der ungarischen Wahlrechtsreform. Wie das von Rußland unterstützte Liberum veto in Polen, bedeutet in Ungarn das allgemeine Wahlrecht, das von Oesterreich gefördert wird, das Ende des Staates.

Ministerpräsident Dr. Wekerle antwortete, daß die Verwirklichung zeitgemäßer Reformen niemals den Staat gefährdet, während die Unterlassung fälliger Einführungen allerdings schädlich wirken kann. Das Liberum veto ist ein egoistisches Recht des einzelnen gewesen, hat also nichts gemein mit der Wahlrechtsreform. Das Kabinett ist — so betonte es Dr. Alexander Wekerle —, von einzelnen, kleinen Nuancen abgesehen, die Art und auch das Maß der Verwirklichung der Wahlrechtsreform betreffend einig.

Nach diesen Bemerkungen des Ministerpräsidenten wurden noch einige Geschäfte des Hauses erledigt, worauf die Sitzung um 2 Uhr nachmittags geschlossen wurde.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Dr. Anton Günther

eröffnet die Sitzung des Magnatenhauses einige Minuten nach elf Uhr. Im Verlaufe der Präsidialunterbreitung gedenkt Präsident mit warmen Worten der glorreichen Ereignisse der letzten Tage auf allen Schlachtfeldern und der glorreichen Siege, die unsere heldenmütigen Truppen und unsere Verbündeten errungen haben. Die heroische erste Jozoschlacht, die Säuberung Galiziens und der Bukowina, die Einnahme von Riga und die damit verbundene Zurückdrängung der russischen Truppen bieten die Gewähr, daß wir nach so vielen harten Prüfungen des Weltkrieges in ungebrochener Kraft dastehen und daß der uns aufgezwungene Kampf zu einem unseren Existenzbedingungen entsprechenden Frieden führen wird. Unsere Blicke wenden sich deshalb mit gesteigertem, homagialen Vertrauen dem König zu. Präsident erbittet die Ermächtigung, den Gefühlen des Magnatenhauses in üblicher Weise vor den Stufen des Thrones Ausdruck zu verleihen und dem Generalstabchef die Beglückwünschungen des Hauses zu übermitteln.

Wird genehmigend zur Kenntnis genommen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident gedenkt hierauf in warmen Worten des unerzehrlichen Verlustes, den König Ferdinand von Bulgarien und die bulgarische Nation durch das Hinscheiden der Königin von Bulgarien erlitten haben, deren hehren Tugenden Präsident bewegt gedenkt. Er beantragt, das Magnatenhaus möge dem König und der Volksvertretung Bulgariens auf dem Wege des Budapestener bulgarischen Generalkonsulats sein tiefstes Beileid aussprechen.

Wird angenommen.

Seit der letzten Sitzung hat das Magnatenhaus durch den Tod des Passauer Grafen Pálffy-Duna einen schweren Verlust erlitten. Auf Antrag des Präsidenten beschließt das Magnatenhaus, das Andenken des Verbliebenen protokolllarisch zu verewigen.

Das Haus nimmt hierauf die Zuschriften der Regierung über den Kabinettswechsel zur Kenntnis und hört das allerhöchste Handschreiben über die Ernennung des neuen Kabinetts mit loyaler Ehrfurcht an. Von Quasstor Rudnyánsky geführt, betreten nun die Mitglieder der neuen Regierung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle den Beratungssaal.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle

unterbreitet sodann das Programm der Regierung.

Kardinal-Fürstprimas Johann Esernoch:

Ich nehme das Programm der Regierung zur Kenntnis. Zu der Frage des Wahlrechtes kann das Magnatenhaus endgültig erst dann Stellung nehmen, wenn der Gesetzentwurf vorliegen wird. Schon jetzt kann ich aber erklären, daß das Magnatenhaus diesen Gesetzentwurf einer strengen Kritik unterziehen wird in der Hinsicht, ob der nationale Charakter des ungarischen Staates und die berechtigten Interessen der arbeitstreibenden Bevölkerung hinlänglich gewahrt werden. Die Landwirte haben in diesem Kriege die größten Opfer gebracht. Mit beispiellosem Heldentum kämpften ihre Söhne, und sie selbst bebauten mit übermenschlichem Fleiß den Boden und ermöglichten dadurch nicht nur unsere Verpflegung, sondern auch die Verjorgung der Armee und unsere Bundesgenossen mit Lebensmitteln. Als feinerzeit das gegenwärtig in Kraft stehende Wahlrechtsgesetz verhandelt wurde, habe ich es beanstandet, daß man zu derselben Zeit, wo man Hunderttausende der industriellen Arbeiter in die Schanzen der Verfassung aufnahm, was ich übrigens vollständig billige, an die arbeitstreibende Bevölkerung gänzlich vergessen hatte. Ich hoffe, daß dieser Fehler jetzt ausgemerzt wird.

Der Herr Ministerpräsident hat sich auch über die katholische Autonomie geäußert. Seine diesbezügliche Erklärung nehme ich gern zur Kenntnis, und ich bin schon auf Grund der bisher mit dem Herrn Unterrichtsminister gepflogenen privaten Unterhandlungen überzeugt, daß es gelingen wird, diese Frage endlich einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Was die Bodenbesitzpolitik betrifft, so wünsche ich, daß das Prinzip der gleichen Behandlung jedem Großgrundbesitzer gegenüber zur Anwendung gebracht werde, und ich hoffe, daß das Eigentumsrecht in vollem Maße gewahrt werden wird. Es ist zweifellos, daß jeder Großgrundbesitzer schon im eigenen Interesse bestrebt ist, von seinem Boden je größeren Nutzen zu ziehen. Doch der Segen kommt von oben, und alle Bemühungen sind vergeblich, wenn die Witterung diese Bemühungen zugrunde richtet. Was die Frage der Ernährung betrifft, so herrscht leider bei uns das große Uebel, daß man die Verordnung nicht befolgt. So lange kann von einer entsprechenden Verjorgung nicht die Rede sein, bis nicht jedermann, vom Primas angefangen bis zum letzten Arbeiter, die Erlasse strikt einhält und jeder nur die vorgeschriebenen Rationen verbraucht. Ich habe von der früheren Regierung schon dringend gefordert, daß der private Einkauf für die Dauer des Krieges eingestellt werde. Ich urgiere dies auch jetzt, und ich hoffe, daß dadurch die bestehenden Uebelstände beseitigt werden.

Bei diesem Anlasse will ich die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auf eine sehr wichtige und meiner Ansicht nach aktuelle Frage lenken. Es ist dies die Frage des Friedens. Es bildet jetzt unsere wichtigste Aufgabe, den Krieg einem glücklichen Ende entgegenzuführen und einen ehelichen Frieden zu schaffen. Alle unsere Gedanken, alle unsere Aufmerksamkeit müssen wir darauf lenken, im gegenseitigen Einverständnis und in voller Eintracht mit unseren Bundesgenossen, mit denen wir Schulter an Schulter gekämpft haben und mit denen wir gemeinsam unseren territorialen Bestand unverfehrt aufrecht erhalten konnten, einen dauernden und ehelichen Frieden herbeizuführen. Unser Krieg war von Beginn an ein Verteidigungskrieg. Wir wollten den Krieg nicht, unsere Feinde haben ihn uns aufgezwungen. Wir haben nie Eroberungen angestrebt und kämpfen nur für einen ehelichen, dauernden Frieden. Aber ebenso wie wir nie Eroberungsabsichten hatten und die territoriale Integrität unserer Nachbarn nie verletzen wollten, werden wir entschieden gegen die Absicht kämpfen, daß man unsere territoriale Integrität angreift, möge man als Rechttitel den sacro egoismo oder das Nationalitätenprinzip anführen. Unsere Regierung hat im Einvernehmen mit unseren Verbündeten schon im Vorjahr offen erklärt, daß wir einen ehelichen, dauernden Frieden anstreben. Unsere Feinde haben aber unsere Friedensbestrebungen verkannt, unsere Friedensumgebungen verdächtigt und neue, heftige Offensiven gegen uns gerichtet, auch Rußland, das erst in der jüngsten Zeit in der Bluttaufe der Demokratie neugeboren wurde. Die Sache des Friedens beschäftigt indessen, ungeachtet dieser Erscheinungen, unausgesetzt alle Völker, die kriegsführenden Völker ebenso, wie die Neutralen.

In der letzten Zeit ist die Sache des Friedens in ein neues Stadium getreten. Der Friedensfürst Papp Benedikt XV. richtete an die Kriegführenden eine Note, in der er an die Nächstenliebe appelliert und die Kriegführenden im Namen Gottes und des Erlösers auffordert, dem Blutaergießen ein Ende zu bereiten, das die europäische Kultur mit Vernichtung bedroht. Seit seinem Regierungsantritt richtete Papp Benedikt XV. sein ganzes Streben dahin, daß Europa sein altes Anlicht wieder erhalte. Drei Jahre hindurch trat er mit Worten und Gebeten für den Frieden ein und obwohl sein Bestreben von keinem Erfolg gekrönt war, wendete er sich jetzt wieder an die Herrscher der kriegführenden Staaten und stellte die Grundlagen, die geeignet sind, einen dauernden Frieden herbeizuführen, fest. Dem Heiligen Vater gebührt hiefür Dank und Anerkennung. Seine Worte finden Widerhall im Herzen aller Völker, nicht nur der kriegführenden, sondern auch der neutralen Staaten. Denn überall herrscht Sehnsucht nach dem Frieden. Mit Freude hörte ich, daß der Herr Ministerpräsident gestern im Abgeordnetenhaus der Friedensumgebung des Papstes mit Worten der warmen Anerkennung gedacht hat. Bei uns in Ungarn ist die Sache ganz klar. Der frühere Ministerpräsident Graf Moriz Esterházy hat in seiner Programmrede erklärt, daß er die auswärtige Politik des Grafen Czernin in jeder Hinsicht billigt. Der gegenwärtige Herr Ministerpräsident betonte, daß er sich vollständig der politischen Richtung anschließt, der sein Vorgänger Graf Moriz Esterházy Ausdruck verliehen hat. Der Minister des Aeußern Graf Czernin hat wiederholt die Richtlinien unserer Politik genau bezeichnet, er hat darauf hingewiesen, daß es den Feinden nie gelingen wird, uns zu besiegen, daß wir einen Verteidigungskrieg führen und daß früher oder später ein auf gegenseitigem Einvernehmen beruhender Friede geschaffen werden muß. Jedes weitere Opfer ist überflüssig und im Interesse der ganzen Menschheit müssen wir je eher einen dauernden Frieden herbeizuführen suchen.

Ich bin überzeugt, daß unsere Regierung alles tun wird, damit der bedeutungsvolle diplomatische Schritt des Heiligen Vaters mit der gebührenden Achtung honoriert werde, und daß sie auch ihrerseits alles ins Werk setzen wird, um einen ehelichen Frieden herbeizuführen. Das bedeutet keineswegs eine Resignation und kann keineswegs als Zeichen unserer Schwäche ausgelegt werden, denn wir betonen ja wiederholt, daß wir entschlossen sind, diesen Krieg bis zum letzten Blutstropfen fortzusetzen, wenn unsere Feinde uns dazu zwingen. Wir wissen sehr wohl, schon auf Grund der Lehren der Psychologie, daß auch im Herzen der Bevölkerung der uns feindlichen Staaten die Sehnsucht nach dem Frieden herrscht, und wir wissen, daß auch sie dem ein Ende bereiten wollen, daß die Menschen sich wie blutdürstige Tiere gebärden, daß auch sie bestrebt sind, es zu erreichen, daß die Menschheit wieder zu einem gesellschaftlichen, geordneten, staatlichen Leben zurückkehre. Ich bin überzeugt und diese meine Ueberzeugung verstärkt sich von Tag zu Tag, daß die in der Note des Papstes niedergelegten Grundlagen, die dort enthaltenen Ratschläge und der Appell des Papstes an die Liebe, die alle Menschen ohne Unterschied der Konfession und Nation umfaßt, endlich den Weg zu dem Herzen unserer Feinde finden werden und daß, wenn auch nicht sofort, so doch bald ein auf gegenseitigem Einvernehmen beruhender, dauernder und gerechter Friede zustandekommt wird. (Lebhafter Beifall.)

Graf Anton Sigray

bringt der Erfahrung und der Klugheit des neuen Kabinettschefs volles Vertrauen entgegen. Was die von ihm erwähnte Besitzpolitik angeht, so sind wir gewohnt, zumeist von gebundenen und kirchlichen Gütern zu sprechen. Wie verhält es sich aber mit dem Besitzbesitz ausländischer Staatsbürger in Ungarn? Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, zuzugeben, daß fremdländisches Kapital hier Bodenbesitz in großem Maße erwerbe. Zumindest aber müßte dafür gesorgt werden, daß derlei ausländischer Großgrundbesitz in Ungarn in allen und jeden Dingen den Interessen des ungarischen Bodens diene. Auch die auf Grund der Kriegskonjunktur erworbenen Großgüter dürfen keine Ausnahme bilden; durch diesen Grundbesitz müssen jene belohnt werden, die die größten Leiden des Krieges zu tragen haben. Die Rückwanderer, wiewohl sie in dem Regierungsprogramm keine Erwähnung finden, muß auf ganz neue Grundlagen gelegt werden. Den Rückwanderern müssen Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. — Redner polemisiert nun mit der jüngsten Rede Lloyd Georges und sieht sich veranlaßt, den Ausführungen des englischen Premiers gegenüber festzustellen, daß die Bestimmungen der Regeln betreffend die Kriegsgefangenen nirgend auf der Welt so strikt eingehalten werden wie in Ungarn, und daß die Kriegsgefangenen es nirgend so gut haben wie hier, wiewohl wir keine Oxford oder Princeton Universität haben. Dies sollte die ungarische Presse in alle Welt hinausposaunen. Hinsichtlich der Wahlrechtspolitik hat Redner nur die Nationalitätenfrage betreffend Bedenken; unsere Wahlrechtspolitik muß also kernungarisch sein und darf unter keinem fremden oder ausländischen Einfluß stehen. Es darf nie mehr geschehen, daß z. B. in Serbien die alte Dynastie und das alte Regime wieder auferstehen;

Vorstellung des Kabinetts Wekerle im Magnatenhause.

Eine Debatte über die Besitzpolitik.

Budapest, 13. September.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle hat sein Programm heute auch dem Magnatenhause unterbreitet. Der Einzug des Kabinetts erfolgte unter Beobachtung des im Magnatenhause üblichen Zeremoniells. Bevor Ministerpräsident Dr. Wekerle das Wort ergriff, widmete der Vorsitzende Vizepräsident Anton Günther der verbliebenen Königin von Bulgarien einen warmen Nachruf, gedachte er auch der Großtaten unserer tapferen Heere. Beiden Kundgebungen schloß sich das Haus in beschlußmäßiger Form an.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wiederholten in gedrängter Weise das Programm, das der Chef des Kabinetts gestern dem Abgeordnetenhaus unterbreitet hatte. Das Haus nahm die Darlegungen des Ministerpräsidenten mit gespannter Aufmerksamkeit entgegen.

In der hierauf folgenden Debatte begrüßte Fürstprimas Kardinal Dr. Johann Esernoch die die katholische Autonomie betreffenden Bemerkungen des Ministerpräsidenten, indem er der Hoffnung auf das Gelingen dieses Unternehmens motiviert Ausdruck gab. In der Frage der Besitzreform forderte der Fürstprimas die Gleichheit des Verfahrens für alle Arten des Besitzes. Dann sprach Dr. Johann Esernoch von den Fragen des Friedens. Er verwies auf den Antrag des Papstes und schloß, indem er betonte, daß der Weg der Verständigung gesucht werden müsse, allerdings bei fester Entschlossenheit, im Kampfe auszuharren, bis der ehrenvolle Frieden gesichert ist.

Graf Anton Sigray sprach vor allem über die Probleme der Besitzpolitik, bei der er in bestimmter Weise die Intentionen des Primars rechtes gewahrt sehen will. Bei der Durchführung dieser Reform müsse der Blick, der heute an dem gebundenen und kirchlichen Besitz hängt, auf die ausländischen Gutserwerbungen in Ungarn gelenkt werden und auch auf die neuen Gutserwerbungen, die auf die Kriegskonjunktur zurückgeführt werden können. Diese Besitzarten müssen zur Hebung der materiellen Lage unserer kämpfenden Massen herangezogen werden. Schließlich forderte Graf Sigray, daß bei der Schaffung der Wahlrechtsreform alle nationalen Gefühle ausgeschloffen werden. Eine Irredenta darf hierzulande nie entstehen, denn unsere Regionen gibt uns heute niemand wieder.